

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

32. Jahrgang

Berlin, den 29. Oktober 1965

A 22127 C

Nummer 44

Die Sozialeinkommen in der Bundesrepublik Deutschland

Die Folgen beider Kriege bestimmen noch heute das Wachsen des Anteils der Ausgaben für soziale Sicherheit im Rahmen der öffentlichen Haushalte. Die eigentlichen Kriegsfolgeleistungen (Kriegsopferversorgung, Lastenausgleich usw.) treten allerdings stärker in den Hintergrund. Die mittelbaren Wirkungen dagegen zeigen sich immer deutlicher: Der dezimierten Erwerbsbevölkerung steht ein wachsender Anteil der Bevölkerung im Rentenalter gegenüber; er stieg von 9,4 vH (1950) auf 11,7 vH im Jahre 1965. Die Gesamtzahl der Empfänger von Sozialeinkommen hat sich seit 1950 um fast 60 vH auf 8,1 Mill. Personen (1965) erhöht. Heute entfällt auf reichlich drei Erwerbspersonen ein Sozialeinkommensbezieher¹⁾, während das gleiche Verhältnis 1950 noch mehr als 4 : 1 betragen hatte.

Rückläufige Kriegsfolgeleistungen — zunehmende Alterslast

Das Volumen der Sozialeinkommen²⁾ wird in diesem Jahre mit 57,3 Mrd. DM beinahe fünfmal so groß sein wie 1950. Der Anteil der Sozialeinkommen an der Summe aller Nettoeinkommen (Nettosozialprodukt zu Marktpreisen) hat sich jedoch gegenüber 1950 nur geringfügig erhöht. Vor der Rentenreform war er von 13,4 (1950) auf etwa 12 vH zurückgegangen; er erhöhte sich durch die überdurchschnittlich starke Zunahme der Rentenausgaben 1958 auf 14,9 vH und blieb nach einem Rückgang auf 13,6 vH (1960) ständig unter 14 vH. Erst in diesem Jahre wird der Anteil der Sozialeinkommen am Nettosozialprodukt, vorwiegend bedingt durch Erweiterung des Empfängerkreises oder Verbesserungen des Leistungsrechtes (Krankenversicherung, Mutterschutz, Altershilfe für Landwirte, Kindergeld, Ausbildungsbeihilfen, Rentenversicherung), auf 14,2 vH steigen. Wegen der stärker wachsenden Zahl von Altersrentnern wird sich diese Quote in den

kommenden Jahren weiter leicht erhöhen. Gemessen an der Entwicklung aller den privaten Haushalten zufließenden Nettoeinkommen (verfügbares Einkommen) zeigt sich ein ähnlicher Verlauf. Während von 1960 bis 1964 der jährliche Zuwachs der Sozialeinkommen etwa dem Zuwachs aller Haushaltseinkommen entsprach, wird er 1965 mit einer Zunahme von 12 vH die Rate der Haushaltseinkommen (11 vH) übersteigen.

Die Struktur der öffentlichen Einkommensübertragungen hat sich in den letzten Jahren beträchtlich verändert. Die Ausgaben für *Sozialversicherungsrenten* und *Pensionen*, die 1950 mit 6 Mrd. DM die Hälfte aller Sozialeinkommen ausmachten, hatten sich durch Renten- und Besoldungsreform bis 1958 auf rd. 15 Mrd. DM erhöht; sie verdoppelten sich in den letzten 7 Jahren abermals. Da nunmehr nicht nur die Renten der gesetzlichen Rentenversicherungen und die Beamtenpensionen, sondern auch die Renten der Unfallversicherung an die wachsenden Arbeitnehmereinkommen angepaßt werden und auch die landwirtschaftliche Altershilfe verbessert wurde, ist dieser vorwiegend die Altersrenten repräsentierende Anteil der Sozialeinkommen auf rund 69 vH gestiegen; durch laufende Erhöhung von Durchschnittsbezügen und Rentnerzahl wird er weiterhin wachsen.

Demgegenüber hat sich der Anteil der *Kriegsfolgeleistungen* weiter verringert. 1950 noch ein Viertel aller Sozialeinkommen umfassend, sank er bis 1963 auf 11,9 vH, erhöhte sich 1964 durch die Verbesserungen der Leistungen der Kriegsopferversorgung auf 12,7 vH und geht seitdem erneut zurück. Trotz kürzlich beschlossener Leistungserhöhungen im Lastenausgleich und einer möglichen „Dynamisierung“ der Kriegsopferrenten wird sich diese Tendenz fortsetzen.

Die *Geldleistungen* der *Krankenversicherung* (Kranken- und Hausgeld, Barleistungen der Wochenhilfe, Sterbegeld) sind im wesentlichen von Zahl und Einkommenshöhe der Versicherten, doch auch von der Leistungsbemessungsgrenze und der

¹⁾ Personen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Sozialleistungen und Pensionen und dgl. bestreiten.

²⁾ Öffentliche Einkommensübertragungen an private Haushalte, ohne Vermögensübertragungen und betriebliche Übertragungen.

Die öffentlichen Einkommensübertragungen an private Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland¹⁾ seit 1950

Leistungsart	1950	1955	1960	1963	1964	1965 ⁷⁾	1966 ⁷⁾	1950	1955	1960	1963	1964	1965	1966
	in Mrd. DM							in vH						
Pensionen und Sozialversicherungsrenten . . .	6,01	11,55	24,62	32,16	35,31	39,40	43,90	50,9	57,2	67,1	68,6	69,0	68,8	69,2
Beamtenpensionen ²⁾ . . .	2,12	3,99	5,89	8,08	8,45	9,20	10,30	17,9	19,8	16,0	17,2	16,5	16,1	16,2
Renten der Rentenversicherungen ³⁾ . . .	3,35	6,68	17,09	21,80	24,19	27,00	30,00	28,4	33,1	46,6	46,5	47,3	47,1	47,3
Sonstige Sozialversicherungsrenten ⁴⁾ . . .	0,54	0,88	1,64	2,28	2,67	3,20	3,60	4,6	4,3	4,5	4,9	5,2	5,6	5,7
Kriegsfolgeleistungen . . .	3,10	4,83	5,69	5,57	6,52	6,80	6,70	26,3	23,9	15,5	11,9	12,7	11,8	10,6
Kriegsopferversorgung	1,85	2,70	3,52	3,60	4,40	4,50	4,20	15,7	13,4	9,6	7,7	8,6	7,8	6,6
Sonstige Kriegsfolgeleistungen ⁵⁾	1,25	2,13	2,17	1,97	2,12	2,30	2,50	10,6	10,5	5,9	4,2	4,1	4,0	4,0
Geldleistungen der Krankenversicherung . . .	0,59	1,15	3,09	3,78	3,70	4,10	4,70	5,0	5,7	8,4	8,0	7,2	7,2	7,4
Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung und -fürsorge	1,39	1,21	0,64	1,22	0,87	0,80	1,00	11,8	6,0	1,8	2,6	1,7	1,4	1,6
Kindergeld	—	0,42	0,89	1,50	1,85	2,70	3,00	—	2,1	2,4	3,2	3,6	4,7	4,7
Sonstige Einkommensübertragungen ⁶⁾	0,71	1,04	1,77	2,67	2,95	3,50	4,10	6,0	5,1	4,8	5,7	5,8	6,1	6,5
Sozialeinkommen ⁸⁾ , insgesamt	11,80	20,20	36,70	46,90	51,20	57,30	63,40	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Seit 1960 einschl. Saarland und Berlin (West). — ²⁾ Nettopensionen einschl. der Bezüge nach Art. 131 GG. — ³⁾ Renten und andere Barleistungen der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten sowie der knappschaftlichen Rentenversicherung. — ⁴⁾ Unfallversicherung, landwirtschaftliche Altershilfe, Zusatzversicherung für den öffentlichen Dienst. — ⁵⁾ Lastenausgleich, Wiedergutmachung, Kriegsgefangenen-Entschädigung, Krankenfürsorge für Heimkehrer. — ⁶⁾ Sozialhilfe, Mutterschutzbarleistungen, Hilfsmaßnahmen für den Bergbau, Berlinhilfe (1962), Mietbeihilfen, Zuschüsse an private Organisationen ohne Erwerbscharakter. — ⁷⁾ Geschätzt, 1966 aufgrund der bisherigen Beschlüsse des Bundestages. — ⁸⁾ Ohne Vermögensübertragungen und betriebliche Übertragungen.
 Quellen: Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen.

Höhe des Krankenstandes abhängig. Ihre Entwicklung wird durch das unterschiedliche Gewicht der einzelnen Komponenten stets unterschiedlich beeinflusst, so daß das Gesamtvolumen im Zeitablauf schwankt.

Trotz steigender Durchschnittsaufwendungen sind die Leistungen der *Arbeitslosenversicherung* und *-fürsorge* laufend zurückgegangen. Angesichts zunehmenden Mangels an Arbeitskräften wird ihr Anteil, der 1963 infolge hoher Schlechtwettergeldzahlungen vorübergehend auf 2,6 vH gestiegen war, in den nächsten Jahren sicherlich unter 2 vH liegen. Dagegen werden das *Kindergeld* und die in diesem Jahr geschaffenen *Ausbildungsbeihilfen* künftig einen wachsenden Anteil der öffentlichen Einkommensübertragungen in Anspruch nehmen. Auch die sich in ihrer Zusammensetzung laufend ändernden *sonstigen Einkommensübertragungen* haben in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Neben den gestiegenen Leistungen der Sozialhilfe sind in diesem Jahr vor allem die erhöhten Leistungen nach dem Wohngeldgesetz und dem Mutterschutzgesetz für die überdurchschnittlich hohe Zuwachsrate von über 18 vH ausschlaggebend.

Insgesamt wird das Volumen der *Sozialeinkommen* 1965 — vorwiegend als Folge der am Ende der vierten Legislaturperiode vom Deutschen Bundestag beschlossenen Gesetze — mit rund 12 vH stärker als in den Vorjahren zunehmen.

Wachsender Abstand zu Nettolöhnen und -gehältern

Aus dieser Darstellung der öffentlichen Einkommensübertragungen werden zwar die strukturellen Veränderungen im Zeitverlauf und die Bedeutung dieser Übertragungen für das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte sichtbar, sie gibt aber keinen Aufschluß über die Verteilung der Sozialeinkommen auf die einzelnen Bevölkerungsgruppen. Es wurde deshalb versucht, unter Berücksichtigung der sozialrechtlichen Bestimmungen und

mit Hilfe weiterer statistischer Unterlagen der Sozialleistungsträger ein Bild der Sozialeinkommensströme zu erhalten, die den einzelnen sozialen Gruppen der Bevölkerung zufließen.

Diese Berechnungen lassen erkennen, daß 1950 35,6 vH der Sozialeinkommen von Arbeitnehmern bezogen wurden; nur knapp 60 vH gingen an Personen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus den Übertragungen bestreiten mußten; den Rest erhielten Selbständige oder private Organisationen ohne Erwerbscharakter. Die Entwicklung der Übertragungen, die an Erwerbspersonen gezahlt werden, hängt teilweise von den Veränderungen der Erwerbseinkommen oder auch der gesamtwirtschaftlichen Situation ab. So ging seit 1950 der Anteil der Ausgleichsrenten aus der Kriegsopferversorgung, die nur bei geringen oder fehlenden andersartigen Einkünften gewährt werden, ständig zurück. Mit sinkender Arbeitslosenquote haben sich auch die Zahlungen an Arbeitslose, obwohl die Durchschnittsbeträge stiegen, stark vermindert. 1960 floß insgesamt nur noch ein Viertel der Einkommensübertragungen an Arbeitnehmer, während die überwiegend von Sozialeinkommen lebenden Personen rund 70 vH auf sich vereinigten.

Seit 1960 sind jedoch die Relationen nahezu unverändert geblieben, weil in den letzten Jahren besonders solche Leistungsarten verbessert worden sind, die überwiegend Arbeitnehmern zufließen. Zu erwähnen sind die Erhöhungen der gesetzlichen Unfallversicherung im Jahre 1963, der Grundrenten der Kriegsopferversorgung 1964, vor allem aber die Verbesserungen des Kindergeldes und die Einführung von Ausbildungsbeihilfen.

Wirklichkeitsnahe Aussagen über den Einkommensstatus der verschiedenen Bevölkerungsgruppen (Sozialeinkommensbezieher im Vergleich zu Erwerbspersonen) sind nur dann möglich, wenn berücksichtigt wird, daß auch den Erwerbspersonen im erheblichen Umfange Sozialeinkommen zu-

Sozialeinkommen und allgemeine Einkommensentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland¹⁾

	1950	1955	1960	1963	1964	1965	1950	1955	1960	1963	1964	1965
	in Mrd. DM						in vH					
Nettolöhne und -gehälter	34,8	63,4	104,6	137,8	151,0	167,4	53,1	55,9	56,0	57,5	57,5	57,8
Öffentliche Einkommensübertragungen . .	11,8	20,2	36,7	46,9	51,2	57,3	18,0	17,8	19,6	19,5	19,5	19,8
Darunter an :												
Sozialeinkommensbezieher ²⁾	7,0	12,6	25,5	32,5	35,8	40,0	10,7	11,1	13,5	13,3	13,3	13,5
Arbeitnehmer	4,2	6,5	9,3	11,9	12,7	14,3	6,4	5,7	5,1	5,2	5,1	5,2
Masseneinkommen	46,6	83,6	141,3	184,7	202,2	224,7	71,1	73,7	75,6	77,0	77,0	77,6
Sonstige Einkommen ³⁾	18,9	29,9	45,5	55,1	60,5	65,0	28,9	26,3	24,4	23,0	23,0	22,4
Verfügbares Einkommen	65,5	113,5	186,8	239,8	262,7	289,7	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Nettosozialprodukt zu Marktpreisen . . .	87,8	165,6	270,6	339,0	371,4	403,8						
	in DM						1960 = 100					
Nettolöhne und -gehälter (einschl. empfangener Einkommensübertragungen) je Arbeitnehmer	2580	3980	5550	7030	7605	8345	46,3	71,5	100	126,6	137,0	150,3
Von den Sozialeinkommensbezieher empfangene Übertragungen je Bezieher .	1375	2260	3565	4290	4580	4945	38,5	63,4	100	120,3	128,5	138,6
Verfügbares Einkommen (ohne Übertragungen an Sozialeinkommensbezieher) je Erwerbsperson	2715	4255	6080	7660	8355	9160	44,5	69,8	100	125,9	137,4	150,6
Nettosozialprodukt zu Marktpreisen je Erwerbsperson	4070	6980	10205	12525	13680	14815	39,9	68,4	100	122,7	134,1	145,2

¹⁾ Seit 1960 einschl. Saarland und Berlin (West). — ²⁾ Personen, die nicht erwerbstätig sind und überwiegend von Sozialleistungen, Pensionen oder dgl. leben (ohne Arbeitslose und andere zeitweilig nicht Arbeitende). — ³⁾ Verteilte bzw. entnommene Gewinne, betriebliche Übertragungen, Vermögensübertragungen, Saldo der Übertragungen an das Ausland. — Eigene Schätzung.

fließen. Werden daher die Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer um die von dieser Gruppe empfangenen Übertragungen erhöht und mit dem (reduzierten) Sozialeinkommen je Sozialeinkommensbezieher verglichen, so zeigt sich, daß durch die Rentenreform der Abstand zwischen Renten und Löhnen bzw. Gehältern zwar zunächst — wie beabsichtigt — verringert werden konnte: Mit 3565 DM errechnet sich 1960 für den Rentner ein durchschnittliches Sozialeinkommen in Höhe von 64,2 vH des Nettoeinkommens (einschl. empfangener Übertragungen) eines Arbeitnehmers (1950: 53,2 vH). Seit 1960 aber sind die Erwerbs- und Vermögenseinkommen wieder stärker gestiegen als die Sozialeinkommen. So erhöhten sich die Durchschnittseinkünfte der Arbeitnehmer (einschl. empfangener Übertragungen) von 1960 bis 1965 um mehr als 50 vH, die der Sozialeinkommensbezieher jedoch nur um knapp 39 vH. 1964 betrug das durchschnittliche Sozialeinkommen, gemessen am durchschnittlichen Einkommen des Arbeitnehmers, nur noch 60,2 vH; 1965 wird es auf 59,3 vH zurückgehen.

Die Ursache für dieses Zurückbleiben der durchschnittlichen Sozialeinkommen muß einmal in den Bestimmungen gesucht werden, die für die Anpassung der Sozialversicherungsrenten gelten. Diese Renten bestimmen zu etwa zwei Dritteln das Sozialeinkommensvolumen, das den Sozialeinkommensbezieher zufließt. Vor allem in den Jahren 1961 und 1962 hat sich der Abstand der laufenden Renten zu den Einkommen der Arbeitnehmer vergrößert, weil die Anpassung der Renten immer nur mit einem time-lag von effektiv vier Jahren erfolgt. Die starken Lohnerhöhungen der letzten beiden Jahre haben sich also noch nicht auf die Durchschnittsrenten ausgewirkt. Auch 1965 wird sich dieser Abstand nicht verringern, da die Expansion der Nettoeinkommen der Arbeitnehmer durch die Steuer-

senkung vom Anfang des Jahres eine zusätzliche Anregung erfahren hat, die nur zu einem Teil durch die Erhöhung der Pflichtversicherungs- und Beitragsbemessungsgrenzen in der Angestelltenversicherung, der Arbeitslosenversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung aufgewogen wird.

Eine Annäherung der Durchschnittseinkommen von Arbeitnehmern und Rentnern wäre allerdings dann möglich, wenn durch eine einmalige zusätzliche Erhöhung die Anpassung der laufenden Renten, die im Jahre 1958 unterblieben ist, nachgeholt werden würde. Seit damals hinken die Bestandsrenten um jeweils ein Jahr hinter den neu hinzukommenden Renten her.

Die finanzielle Situation der Rentenversicherungsträger wird sich in den kommenden Jahren allerdings verschlechtern. Die versicherungstechnischen Bilanzen für den 1. Januar 1961 und den 1. Januar 1963³⁾ halten bereits für 1968 einen Beitragssatz von 14,7, für 1969 einen solchen von 15,3 und 1970 von 15,8 vH der versicherungspflichtigen Entgelte für erforderlich, wenn das Vermögen der Rentenversicherung unverändert bleiben soll.

Die künftigen Einnahmen der Rentenversicherungen werden dabei aber wohl zu pessimistisch beurteilt⁴⁾. Die durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten der Löhne und Gehälter werden sicherlich höher sein als 6 vH, wie in den Bilanzen angenommen worden ist. Ein zusätzlicher Effekt auf die Beitragseinnahmen der Rentenversicherung wird von der weiterhin zunehmenden Ausländerbeschäftigung ausgehen. Unter den übrigen in den Bilanzen genannten Voraussetzungen wird ein Beitragssatz von mehr als 14 vH kaum vor 1970 erforderlich werden.

³⁾ Vgl. Drucksache des Deutschen Bundestags Nr. IV/3410.
⁴⁾ Vgl. Wochenbericht Nr. 44/1964.

Auch bei einer optimistischen Beurteilung der Einnahmen wird das sozialpolitisch erwünschte Nachholen der im Jahre 1958 unterbliebenen Anpassung der laufenden Renten aber nicht zu empfehlen sein. Zwar könnte der erforderliche Aufwand von etwa 2 Mrd. DM aus den gegenwärtig noch erzielten Überschüssen der Rentenversicherung bestritten werden. Wegen der Wirkungen aber, die von einer zusätzlichen Erhöhung des Niveaus auf künftige Anpassungen ausgehen, würden die Beiträge schon früher erhöht werden müssen. Der finanzielle Ausgleich könnte zwar auch mit einer Erhöhung der Bundeszuschüsse herbeigeführt werden, doch wird dies in den nächsten Jahren auf größte Schwierigkeiten stoßen.

Die Bundesregierung hat in ihrem Sozialbericht 1965⁵⁾ einer vollen Anpassung der laufenden Renten vor allem unter Hinweis auf die Finanzlage der Rentenversicherung, aber auch auf gesamtwirtschaftliche Gründe widersprochen. Der Sozialbeirat begründet seine auch von ihm ausgesprochene Ablehnung in dem Gutachten, das dem Bericht beigefügt ist, nur mit der konjunkturellen Situation. Er übersieht dabei jedoch nicht die „sozial und auf mittlere Sicht auch strukturell unerwünschte Disproportionalität in der Einkommensentwicklung zu Lasten der Rentner“.

Ausblick

Die Zuwachsrate der Sozialeinkommen wird 1966 voraussichtlich niedriger sein als in diesem Jahr, vor allem, weil die Kriegsfolgeleistungen absolut zu-

rückgehen werden. In der gesetzlichen Rentenversicherung werden die laufenden Renten um 8,3 vH erhöht; die Zahl der Rentner wird weiter zunehmen. Da 1966 die Zuwachsrate der durchschnittlichen Nettolöhne und -gehälter kaum über 8 vH hinausgehen dürfte, könnte der Abstand zu den Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer erstmals seit Jahren gleichbleiben. Dazu müßten aber auch die Beamtenpensionen, die immerhin ein Viertel der an Rentner fließenden Einkommensübertragungen repräsentieren, entsprechend erhöht werden.

Die Entwicklung anderer Einkommensübertragungen ist gleichfalls noch unbestimmt. Zwar sind in diesem Jahr mehrere Gesetze in Kraft getreten, die vorwiegend Sozialeinkommen betreffen, die an Arbeitnehmer gehen. So müßte z. B. die Erhöhung der Versicherungspflicht- und Leistungsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung auf 900 DM 1966 zu überdurchschnittlichen Zuwachsraten von etwa 15 vH führen. Ähnliche Zunahmen kommen für andere Übertragungen in Betracht, die aus dem Bundeshaushalt finanziert werden (Wohngeld, Kindergeld, Ausbildungsbeihilfen, Mutterschutzleistungen).

Es ist aber denkbar, daß sich der neugewählte Bundestag angesichts der angespannten Situation des Bundeshaushalts 1966 noch für eine Kürzung der bisher beschlossenen Erhöhungen entscheidet. Er wird dabei jedoch sicherlich sorgfältig prüfen, ob die gewünschten Einsparungen nicht an anderer Stelle erzielt werden können.

⁵⁾ Von der Bundesregierung vorgelegt am 22. 9. 1965, vgl. Drucksache IV/3795 des Deutschen Bundestags.

Verbrauchsstruktur und Verbraucherverhalten nach ersten Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63¹⁾

Mit der wirtschaftlichen Entwicklung und den steigenden Verbrauchereinkommen erhöht sich das Gewicht der einkommenselastischen Waren und Dienste im privaten Verbrauch und damit die Beweglichkeit der Verbrauchernachfrage sowie ihr Einfluß auf die konjunkturellen Veränderungen. Für die Wirtschaftsdiagnose und -prognose erhält damit die Kenntnis der Verbrauchs- und Nachfrageveränderungen und ihrer Bestimmungsgründe, vor allem im Zusammenhang mit Veränderungen von Einkommen und Preisen, zunehmende Bedeutung.

Wichtige Grundlage für die dazu notwendigen Nachfrageanalysen sind regelmäßige Aufzeichnungen privater Haushalte über ihre Einkommensverausgabung. Die mittelbare Erfassung und Schätzung der privaten Verbrauchsausgaben mit Hilfe absatzstatistischer Daten — wie sie bisher allein möglich war — ist ohne Ergänzung durch diese Aufzeichnungen eine recht unvollkommene Methode. Da es sich um die Ermittlung und Erklärung gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge handelt, müssen jedoch die Aufzeichnungen nicht nur nach Gütergruppen bzw. Verwendungszwecken, sondern auch nach Käufergruppen differenziert sein, denn Einkommens- und Preisveränderungen rufen unterschied-

liche Reaktionen im Verhalten der Haushalte je nach sozialer Gruppe, Einkommensklasse sowie Familiengröße hervor.

Die bisher seit 1949 zur Verfügung stehenden Daten aus den laufend geführten Wirtschaftsrechnungen waren nur für einen sehr kleinen Teil der Bevölkerung repräsentativ²⁾, so daß von hier aus keine ausreichende Verbindung zur Gesamtheit des Verbrauchs hergestellt werden konnte. Dies war nun das Ziel der 1962/63 durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes, einer repräsentativen Erhebung der Ausgaben, die auf der breiten Basis von 35 563 Haushalten den privaten Verbrauch direkt erfaßt hat.

Inwieweit dieses Ziel erreicht worden ist, läßt sich erst beurteilen, wenn alle Auswertungsergebnisse der Erhebung vorliegen. Vergleiche mit dem in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelten privaten Verbrauch lassen vermuten, daß die hochgerechneten Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe um mindestens 10 vH unter dem gesamten privaten Verbrauch der inländischen Haushalte liegen. Die gehobenen Verbraucherschichten, die hier in der offenen Gruppe von 1200 DM und mehr Einkommen geführt werden, sind offensichtlich nicht adäquat erfaßt worden.

¹⁾ Quelle: Berichte über die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 des Statistischen Bundesamtes, in: WiSta, Heft 8/1965, S. 483 ff.

²⁾ Erst von 1965 an wurde ihr Repräsentationsgrad erhöht.

Auch wenn damit das Ziel nicht im geplanten Umfang erreicht wurde, so liefern die Ergebnisse doch wertvolle Auskünfte über die Verbrauchsunterschiede der Haushalte nach Familiengröße, Einkommensschicht und sozialer Stellung und damit eine wesentliche Verbesserung der Möglichkeiten zur Berechnung des privaten Verbrauchs.

Die Erhebung gliedert die Haushalte: nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes in Selbständige (selbständige Landwirte und sonstige Selbständige), Arbeitnehmer und Nichterwerbstätige, nach der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens in fünf Gruppen und nach der Personenzahl in Haushalte mit einer Person, mit zwei, drei, vier sowie fünf und mehr Personen. Die Käufe der Haushalte werden nach neun verschiedenen Verwendungszwecken entsprechend der Systematik des privaten Verbrauchs gegliedert.

Zunächst wurden nur erste Teilergebnisse veröffentlicht, aus denen sich aber schon Grundzüge der Beziehungen zwischen den Verbrauchsstrukturen in verschiedenen Einkommensschichten und dem Verbraucherverhalten erkennen lassen. Im Durchschnitt der erfaßten Haushalte entfielen etwa zwei Fünftel aller Käufe auf Nahrungs- und Genußmittel, fast 28 vH auf die Bedarfsgruppen Wohnung, Elektrizität, Gas und Brennstoffe sowie die Gruppe Bekleidung, und das restliche Drittel auf den übrigen, vorwiegend elastischen Bedarf nach Waren und Diensten. In den verschiedenen Einkommensgruppen waren diese Anteile jedoch recht breit gestreut; so kamen bei der untersten (bis 300 DM) auf den „elastischen Bedarf“ z. B. nur rund ein Viertel, bei der obersten (1200 DM und mehr) dagegen zwei Fünftel.

Die schon 1882 von *Ernst Engel* festgestellte Gesetzmäßigkeit, daß ein um so größerer Anteil der Gesamtausgaben zur Beschaffung der Nahrung aufgewendet werden müsse, je geringer das Einkommen einer Familie ist, findet hier ihre Bestätigung. Dagegen ist die analoge Aussage über die Miete (Schwabesches Gesetz) infolge der besonderen Lage auf dem Wohnungsmarkt auf die heutigen Verhältnisse kaum anwendbar. Die Anteile der übrigen Bedarfsgruppen in den nach Einkommensklassen gegliederten Verbrauchsstrukturen haben bei wach-

sendem Einkommen eine — allerdings unterschiedlich stark — steigende Tendenz.

Die geringste Veränderung zeigen die Anteile der Gruppe Körper- und Gesundheitspflege, die nahezu konstant bleiben; die Käufe nehmen hier also dem Einkommen entsprechend oder nur wenig stärker zu. Ein ähnliches Verhalten ist in der Gruppe Bekleidung bei Haushalten der Einkommensklassen über 800 DM sowie in der Gruppe persönliche Ausstattung³⁾ bei Haushalten mit Einkommen bis zu 800 DM zu beobachten, während in den übrigen Haushalten die Ausgaben in diesen Bedarfsgruppen überproportional zum Einkommen steigen. Für die Bildung und Unterhaltung sowie für Verkehr und Nachrichtenübermittlung und übrige Waren und Dienste der Haushaltsführung wenden die Haushalte von Einkommensklasse zu Einkommensklasse jeweils einen deutlich größeren Anteil der Gesamtausgaben auf. — Diese Tendenzen entsprechen den allgemeinen Erfahrungen über das Verbraucherverhalten, die bisher allerdings für die Bundesrepublik nicht in einem so umfassenden Zahlenbild dargestellt werden konnten.

Bemerkenswert ist überdies die Ausdehnung der Querschnittsanalyse auf die Verbrauchsstrukturen in der Gliederung nach der sozialen Stellung der Haushalte, also den Selbständigen, den Arbeitnehmern und den Nichterwerbstätigen. Sie präzisiert die eben dargestellten Strukturunterschiede und Tendenzen des Verbraucherverhaltens und schafft damit eine breitere Basis für eine Quantifizierung der Einflüsse von Einkommen, sozial und demographisch bedeutsamen und weiteren ökonomischen Faktoren auf den Verbrauch sowie für die Erklärung und die Voraus-schätzung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrageentwicklung.

Ein Vergleich der Verbrauchsstrukturen nach sozialen Gruppen ist gegenwärtig erst mit Vorbehalten möglich, da noch keine Angaben über die jeweilige Haushaltsgröße, die einen wesentlichen Einfluß auf die Verbrauchsgestaltung ausübt, vorliegen. Diese Einschränkung ist zu beachten, wenn nachfolgend die Ausgabenverteilung der Selbständigen und Arbeitnehmer besprochen wird; ferner ist

³⁾ Vorwiegend Ausgaben für Schmuck, Beherbergung und bestimmte Versicherungszweige.

Die Käufe für den privaten Verbrauch je Haushalt nach Verwendungszwecken und Einkommensgruppen

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63¹⁾

Verwendungszweck	insgesamt in DM	davon Haushaltsnettoeinkommen von . . . bis unter . . . DM ²⁾				
		unter 300	300—600	600—800	800—1200	1200 und mehr
in vH						
Nahrungs- und Genußmittel	283,33	41,8	42,3	40,5	37,4	32,9
Kleidung, Schuhe	87,78	10,1	11,7	12,5	12,7	12,7
Wohnungsmieten u. ä.	81,64	16,9	11,6	10,7	10,4	10,6
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	31,32	5,8	4,8	4,3	4,0	3,3
Übrige Haushaltsführung	84,84	10,2	11,5	11,1	12,1	13,6
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	57,67	4,3	6,3	8,2	9,7	10,2
Körper- und Gesundheitspflege	25,67	3,6	3,5	3,5	3,6	3,7
Bildung und Unterhaltung	48,11	5,0	5,9	6,7	7,1	8,5
Persönliche Ausstattung u. ä.	20,63	2,3	2,4	2,5	3,0	4,5
in DM						
Insgesamt	720,99	308,88	586,77	781,72	1 003,69	1 436,78

¹⁾ Gebietsstand Bundesgebiet einschl. Berlin (West); ohne Haushalte selbständiger Landwirte, ohne Bevölkerung in Anstalts Haushalten und ohne Haushalte ausländischer Arbeitskräfte u. a. — ²⁾ Einkommensgliederung nach einer Vorerhebung von 1961, aber Verbrauchsangaben für 1962/63.

Quelle: Statistisches Bundesamt „Wirtschaft und Statistik“, Heft 8/1965, S. 492.

**Die Verbrauchsstruktur privater Haushalte
nach Einkommensgruppen und sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes**
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63¹⁾

Anteile in vH

Soziale Gliederung	Nahrungs- und Genußmittel	Kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten u. ä.	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Haushaltsführung	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Körper- und Gesundheitspflege	Bildung und Unterhaltung	Persönliche Ausstattung u. ä.	Insgesamt in DM
bis unter 600 DM Haushaltsnettoeinkommen ²⁾										
Selbständiger	43,1	11,1	12,9	4,6	10,8	6,5	3,3	5,3	2,4	590,96
Arbeitnehmer	42,4	12,1	11,0	4,4	11,6	6,9	3,4	6,0	2,2	607,97
Nichterwerbstätiger .	41,8	10,5	14,8	6,1	10,7	4,5	3,7	5,3	2,6	401,43
600 bis unter 800 DM Haushaltsnettoeinkommen ²⁾										
Selbständiger	44,1	12,2	12,0	3,5	11,1	4,6	3,5	6,1	2,9	740,12
Arbeitnehmer	40,5	12,4	10,5	4,1	11,2	8,8	3,4	6,7	2,4	792,48
Nichterwerbstätiger .	38,4	13,1	11,0	5,3	11,2	7,5	4,0	6,8	2,7	757,54
800 bis unter 1200 DM Haushaltsnettoeinkommen ²⁾										
Selbständiger	39,2	12,7	11,9	3,5	12,7	7,0	3,7	6,6	2,7	984,57
Arbeitnehmer	37,1	12,6	10,0	3,9	12,2	10,6	3,5	7,2	2,9	1 013,25
Nichterwerbstätiger .	37,5	13,1	10,3	4,9	11,0	8,5	4,1	6,8	3,8	977,96
1200 und mehr DM Haushaltsnettoeinkommen ²⁾										
Selbständiger	34,7	13,6	11,4	2,8	14,6	5,6	3,6	8,9	4,8	1 389,28
Arbeitnehmer	31,8	12,5	10,3	3,7	13,1	12,0	3,7	8,7	4,2	1 478,74
Nichterwerbstätiger .	31,3	10,5	9,8	3,4	12,0	17,8	3,5	6,4	5,3	1 407,04
Alle Einkommensgruppen										
Selbständiger	38,8	12,7	11,9	3,4	12,9	6,0	3,6	7,2	3,5	943,76
Arbeitnehmer	39,2	12,4	10,5	4,1	11,8	9,0	3,5	6,8	2,7	801,55
Nichterwerbstätiger .	40,0	11,3	13,2	5,6	11,0	6,4	3,8	5,8	2,9	505,59

¹⁾ Gebietsstand Bundesgebiet einschl. Berlin (West); ohne Haushalte selbständiger Landwirte, ohne Bevölkerung in Anstaltshaushalten und ohne Haushalte ausländischer Arbeitskräfte u. a. — ²⁾ Einkommensgliederung nach einer Vorerhebung von 1961, aber Verbrauchsangaben für 1962/63.
Quelle: Statistisches Bundesamt „Wirtschaft und Statistik“, Heft 8/1965, S. 492.

bei den Selbständigen in Rechnung zu stellen, daß eine einheitliche und zuverlässige Abgrenzung zwischen Privat- und Geschäftsverbrauch kaum zu erreichen ist. Die Gegenüberstellung der Ausgabenverteilung ergibt, daß bei vergleichbaren Einkommen die Selbständigen in allen Klassen für Nahrungs- und Genußmittel sowie Wohnung anteilig etwas mehr ausgeben als die Arbeitnehmer; das gleiche gilt bei der oberen Einkommensklasse für die Bekleidung, die persönliche Ausstattung und übrige Haushaltsführung. Dagegen unterscheiden sich die Anteile der Gruppe Körper- und Gesundheitspflege nur wenig voneinander; erheblich geringer sind die Ausgaben in fast allen Größenklassen für Bildung und Unterhaltung, für Elektrizität usw. und für Verkehr. Besonders deutlich wird am Beispiel der Bedarfsgruppe Verkehr das nach sozialen Gruppen verschiedene Verbraucherverhalten, das hier wegen des unterschiedlichen Motorisierungsgrades Selbständiger und Nicht-Selbständiger zu erheblichen Abweichungen sowohl der absoluten als auch der anteiligen Ausgaben führt. Während die Selbständigen von Einkommensklasse zu Einkommensklasse im Vergleich zu den anderen Haushalten nur geringfügig mehr ausgeben, ja der

Anteil an den Gesamtkäufen teilweise sogar sinkt, wachsen im Zuge der sich durch den Nachholbedarf stark ausdehnenden Motorisierung der Arbeitnehmer die Ausgaben bei ihnen bis zur Klasse mit 1200 DM und mehr Einkommen zu einem wesentlichen Budgetposten. Er ist kaum geringer als der für Bekleidung und absorbiert einen nicht unbedeutenden Teil der Kaufkraft, der in einigen Jahren, nach einer Befriedigung des Motorisierungsbedarfs dieser Schichten, wieder anderen Bedarfszwecken zugute kommen wird.

Wenn nach dem gegenwärtigen Stand der ersten Ergebnisse dieser Erhebung eine Erklärung über die jeweiligen Abhängigkeiten und über die Einflußfaktoren kaum möglich ist, bereichern die dargestellten Daten doch bereits unsere Kenntnis über die Ausgabengestaltung der privaten Verbraucher deutlich. Die außerdem vom Statistischen Bundesamt schon gegebenen Hinweise auf die Familiengröße der erfaßten Haushalte sowie die ersten Übersichten über die Zusammensetzung der Käufe nach Güterarten und Warengruppen bei Nahrungsmitteln ermöglichen künftig ein weiteres Eindringen in die Zusammenhänge des privaten Verbrauchs.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Koblenzer Str. 170
Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Dieter Hiß, Dr. Gerhard Kade, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Horst Seidler, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9.
Nachdruck und sonstige Verbreitung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Gustav Ahrens, Buch- und Kunstdruckerei, 1 Berlin 36, Glogauer Straße 19. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—

Gegenstand *)	Einheit †)	1964						1965								
		Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	
Anzahl der Werktage																
Kredite an Nichtbanken ¹²⁾																
Zentralbanksystem	Mill. DM	E	2985	3042	3067	2897	2703	4566	3155	3700	2919	3576	4138	3562	4085	3728
Kreditbanken	"	"	62393,9	62958,5	64569,7	64553,1	64747,7	66889,4	66433,0	66878,8	67971,1	68045,8	69173,8	71718,9	71400,5	..
an Wirtschaft u. Private	"	"	51551,8	52053,0	53261,5	53361,6	53535,9	55132,6	54707,9	55170,4	55881,4	55896,7	56711,2	58920,4	58992,6	..
kurzfristige Kredite	vH	"	63,2	63,0	62,9	62,5	62,4	63,2	63,0	63,0	62,8	62,5	62,3	63,5	62,7	..
dar. Wechselkredite	"	"	26,5	26,4	26,1	26,2	26,3	28,2	27,5	27,3	26,8	26,9	26,9	26,9	26,9	..
mittelfristige Kredite	"	"	16,4	16,6	16,7	16,8	16,5	16,2	16,2	16,1	16,2	16,3	16,6	16,2	16,9	..
langfristige Kredite	"	"	20,4	20,4	20,4	20,7	21,1	20,6	20,9	20,9	21,0	21,2	21,1	20,3	20,4	..
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	2314,0	2281,0	2424,7	2466,7	2475,9	2617,8	2582,9	2555,9	2587,9	2657,1	2585,7	2619,5	2619,9	..
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	8528,1	8624,5	8883,5	8724,8	8735,9	9139,0	9142,2	9152,5	9501,8	9492,0	10141,0	10657,0	9788,0	..
Übrige Kreditinstitute ¹⁾																
an Wirtschaft u. Private	"	"	194052,7	195552,8	198065,1	200325,7	204167,4	205498,8	207966,0	210041,6	212587,5	214970,8	217520,6	219546,2	221975,0	..
kurzfristige Kredite	vH	"	135235,0	136293,2	138200,8	139714,5	142613,2	142925,8	143805,6	145051,3	146778,5	148219,3	149844,7	151664,0	152804,2	..
dar. Wechselkredite	"	"	17,4	17,1	17,3	17,1	16,8	17,0	17,0	17,2	17,4	17,3	17,3	17,7	17,2	..
mittelfristige Kredite	"	"	6,0	5,9	5,9	5,8	5,7	5,8	5,7	5,8	5,9	6,0	6,0	5,9	6,0	..
langfristige Kredite	"	"	9,1	9,1	9,0	9,0	9,0	9,0	8,9	8,7	8,7	8,8	8,9	8,9	9,0	..
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	73,5	73,8	73,7	73,9	74,2	74,0	74,1	74,1	73,9	73,9	73,8	73,4	73,8	..
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	33960,7	34235,2	34696,0	35276,5	36068,5	37221,4	38027,3	38225,9	38593,1	39154,8	39602,4	39705,0	40649,5	..
	"	"	24857,0	25024,4	25168,3	25334,7	25485,7	25531,6	26133,1	26764,4	27215,9	27596,7	28073,5	28187,2	28521,3	..
Bargeldumlauf und Bank- geldumlauf ¹²⁾																
Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute ¹⁾																
Sicht- u. Termineinlagen, ges. ⁴⁾	Mill. DM	E	27557	27308	27267	27442	28070	27804	27353	28345	28244	29059	29092	29121	29943	29208
von Wirtschaft und Privaten	"	"	70278	71687	73100	72213	72126	75422	72953	73136	72427	72283	75921	75190	73824	74450
Sichteinlagen	vH	"	52044	52577	52119	53603	54498	56976	54990	54991	54203	55772	57598	56908	56809	57037
Termineinlagen	"	"	71,0	71,4	71,5	71,3	72,0	71,6	70,0	69,4	70,3	70,1	70,7	71,9	72,4	
von deutschen öffentl. Stellen ¹¹⁾	Mill. DM	"	29,0	28,6	28,5	28,7	28,0	28,4	30,0	30,6	29,7	29,9	29,3	28,1	28,1	27,6
Sichteinlagen bei Kreditinsti- tuten außer d. Zentralbanksystems	vH	"	18684	19110	20981	18610	17628	18446	17963	18145	18224	16511	17693	18282	16815	17413
Sichteinlagen beim ZBS ¹¹⁾	"	"	22,5	24,7	22,6	22,6	28,6	29,7	25,6	26,9	25,3	25,2	26,3	27,5	26,1	27,4
Termineinlagen	"	"	22,7	20,4	30,1	26,6	15,4	17,4	17,8	17,8	21,4	17,9	16,9	19,6	18,5	16,0
ERP-Sondervermögen	Mill. DM	"	54,8	54,9	47,3	50,8	56,0	52,9	56,6	55,3	53,3	56,9	56,8	52,9	55,4	56,6
Spareinlagen	"	"	754	611	553	538	430	134	569	270	257	112	232	131	407	303
	"	"	87266	87952	88574	89629	90218	93501	95228	96954	98248	99130	100241	101190	102217	102744
Deutsche Bundesbank																
Gold und Devisen, gesamt	Mill. DM	E	30392,6	30207,6	30322,7	30303,5	29887,3	30747,4	29288,6	29628,6	30281,9	30099,7	29442,7	29126,0	29229,3	28812,2
Gold	"	"	16224,8	16308,7	16348,1	16348,9	16349,6	16730,8	16735,7	16738,2	16707,6	16708,4	17242,5	17245,8	17266,2	17260,4
Guthaben bei ausländisch. Banken	"	"	13693,8	13419,1	13501,0	13478,5	13041,3	13453,2	11986,6	12373,9	13023,6	12877,8	11666,5	11286,9	11331,7	10390,1
Sorten, Wechsel, Schecks	"	"	474,0	479,8	473,6	476,1	496,4	563,4	566,3	516,5	550,7	513,5	531,0	593,3	631,4	621,7
Wertpapiermarkt																
Absatz an festverz. Schuldver- schreibungen und Aktien ²⁾																
Pfandbriefe	Mill. DM	S	1726,0	1497,8	1267,2	1533,1	1086,8	1318,3	2417,5	1804,3	1653,2	1471,3	1441,4	1860,7	2087,4	1213,9
Kommunalobligationen	vH	"	24,6	21,4	20,2	24,6	33,5	41,3	24,1	24,6	29,5	25,3	16,6	14,9	19,4	
Öffentliche Anleihen	"	"	16,7	14,5	12,1	18,5	15,2	21,5	18,3	21,2	17,4	23,3	13,9	20,2	24,6	
Industrieobligationen	"	"	10,8	27,1	25,6	29,9	34,0	10,3	33,0	0,6	7,2	30,7	26,0	18,5	30,3	
Aktien	"	"	4,6	2,7	—	3,3	—	0,5	6,2	—	7,0	—	—	14,5	—	
Kursdurchschnitt ³⁾	31.12.53	"	14,6	12,8	11,0	8,3	—	5,4	3,6	16,0	4,7	6,2	22,7	22,3	8,5	
Aktien ⁴⁾	=100	D	583	594	599	577	562	561	564	549	537	534	521	508	503	
5%ige Pfandbriefe	vH	"	119,92	120,04	120,04	119,90	119,58	119,69	119,93	119,71	119,60	119,41	118,29	116,53	114,92	
5%ige Kommunalobligationen	"	"	117,68	117,80	117,82	117,94	118,25	118,29	118,44	118,43	118,40	118,16	117,65	116,71	115,06	
5 1/2%ige Pfandbriefe	"	"	122,36	122,55	122,54	122,29	121,81	121,65	121,73	121,35	121,11	120,65	119,51	117,66	115,40	
Finanzen																
Kassenmäßige Einnahm. aus Steuern des Bundes und der Länder ⁶⁾	Mill. DM	S	6092,8	6057,2	9488,3	6040,6	6189,8	10994,0	7003,2	5307,9	9579,4	5480,6	5969,6	10306,2	5969,2	6706,7
Einkommen- u. Körperschaftst. ⁶⁾	"	"	2166,7	1884,6	5751,4	1983,3	1892,6	6840,5	2722,3	1616,8	5738,9	1593,1	1686,6	6272,7	1936,2	1999,0
Lohnsteuer	"	"	1456,0	1424,7	1425,7	1585,6	1586,2	1780,9	2024,7	1212,1	842,9	1001,8	1092,9	1135,7	1329,5	1445,2
Veranl. Einkommenst.	"	"	349,7	218,5	2680,9	188,6	163,0	3068,1	349,7	233,4	3038,6	400,1	356,5	3083,5	334,2	243,1
Körperschaftsteuer	"	"	151,1	63,9	1612,5	169,9	99,0	1928,6	240,9	114,3	1763,2	117,9	127,7	1722,5	118,6	86,7
Umsatzsteuer	"	"	1892,4	1867,1	1754,0	1970,0	2035,8	1964,4	2357,7	1681,0	1660,1	1924,6	2002,2	1951,1	1988,0	2143,0
Zölle und Verbrauchst.	"	"	1534,1	1483,8	1525,4	1597,0	1453,2	1684,4	1454,7	1687,2	1458,0	1441,3	1627,6	1561,9	1727,5	
Lastenausgleichsabgaben ⁷⁾	"	"	76,9	334,4	53,1	88,9	372,0	90,9	66,0	332,5	47,1	70,7	333,4	36,2	53,4	
Außenhandel																
Einfuhr, insgesamt	Mill. DM	S	5245	4562	4983	5479	5471	5678	5326	4988	5966	5582	5916	5937	6094	5500
Ausfuhr, insgesamt	"	"	5471	4688	5315	5950	5561	6151	5458	5413	6506	5586	6174	5628	6216	5196
Saldo ⁸⁾	"	"	+ 226	+ 126	+ 332	+ 471	+ 90	+ 473	+ 132	+ 425	+ 540	+ 4	+ 258	- 309	+ 122	
Einfuhrvolumen ⁹⁾	"	"	5577	4812	5359	5838	5759	5921	5528	5191	6140	5738	6079	6057	6238	
Ausfuhrvolumen ⁹⁾	"	"	5407	4585	5274	5880	5470	5980	5337	5275	6337	5459	6010	5494	5971	
Terms of Trade ¹⁰⁾	1960=100	D	107,7	107,8	108,4	107,9	107,1	107,3	106,2	106,8	105,7	105,1	105,5	104,5	106,6	
Einfuhr																
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	S	1167	1087	1145	1268	1350	1359	1172	1048	1336	1250	1353	1423	1405	
Rohestoffe	"	"	935	879	901	899	935	1016	1029	880	931	918	978	977	937	
Halbwaren	"	"	939	805	843	913	870	957	969	788	880	875	876	967	861	
Fertigwaren	"	"	2141	1744	2056	2337	2257	2283	2117	2232	2771	2496	2654	2515	2243	
davon: Vorerzeugnisse	"	"	776	673	747	834	817	800	778	791	907	850	901	894	942	
Enderzeugnisse	"	"	1365	1071	1309	1503	1440	1483	1340	1441	1864	1646	1753	1621	1444	
Ausfuhr																
Güter der Ernährungswirtschaft	"	"	114	113	123	138	155	161	160	153	197	167	157	138	152	
Rohestoffe	"	"	198	188	207	222	210	214	198	172	205	192	219	208	216	
Halbwaren	"	"	481	429	432	538	494	525	534	475	572	467	488	512	494	
Fertigwaren	"	"	4659	393												

